

An die Medien im Kanton Luzern

14. März 2007

Stellungnahme der SP Kanton Luzern zur Rechnung 2006

Die SP freut sich über das Rechnungsergebnis. Sie ist aber auch erstaunt über die grossen Abweichungen zum Budget. Der Rechnungsüberschuss erlaubt, das äusserst rigoreuse Sparregime der letzten Jahre zu lockern.

Die SP Kanton Luzern freut sich darüber, dass es dem Kanton finanziell so gut geht. Die SP ist aber auch erstaunt über die grossen Abweichungen zum Budget. Die Erklärungen der Abweichungen in den Medienunterlagen genügen uns nicht.

- Welcher Anteil ist bedingt durch die gute Wirtschaftslage? Womit lässt sich auch in schlechteren Jahren rechnen?
- Wie kommen die erstaunlich hohen Steuereinnahmen zustande, nachdem doch der Kanton auf Anfang 2006 die Steuern gesenkt hat? Und nachdem – wie immer wieder öffentlich gesagt wurde – Gutverdienende in grosser Zahl aus dem Kanton weggezogen sind?

Wir werden in der Grossrats-Debatte zur Rechnung entsprechende Antworten verlangen.

Bei der Verwendung des Rechnungsüberschusses setzt die SP die Prioritäten völlig anders als die Regierung. In erster Linie muss der Kanton endlich das äusserst rigoreuse Sparregime der letzten Jahre lockern. Die SP ist zum Beispiel überzeugt, dass wir mehr Mittel in die Prämienverbilligung stecken müssen. Die Prämien sind in den letzten vier Jahren um 25% gestiegen – der Kanton hat die Mittel für die Prämienverbilligung aber nicht erhöht. Mit den bekannten Folgen für die sozial Schwächeren in unserem Kanton. Die SP hat bereits am letzten Samstag entschieden, mit einer Initiative eine deutliche Verbesserung zu verlangen.

Die SP ist auch überzeugt, dass der Kanton Luzern mehr investieren muss. Im Vordergrund stehen für uns Investitionen in den öffentlichen Verkehr und im Bereich Hochbauten, allen voran Kinderspital und Naturmuseum. Die zögerliche Haltung der Regierung in diesem Bereich befremdet uns sehr.

Grundsätzlich zustimmen können wir dem Vorschlag der Regierung, einen Teil des Überschusses in einen Kohäsionsfonds einzuzahlen. Wir sind aber überzeugt, dass der vorgeschlagene Betrag zu hoch ist.

Der Handlungsbedarf bei den Schulden ist gering. Aus Sicht der SP genügt es, wenn der Erlös aus dem Verkauf von LUKB-Aktien zur Tilgung der Schulden verwendet wird.

Die Pläne für eine weitere lineare Steuersenkung lehnen wir dezidiert ab.

Für weitere Auskünfte oder mündliche Stellungnahmen wenden Sie sich bitte an:
Felicitas Zopfi, Fraktionschefin, 041 240 13 66 / 079 751 21 34
Jörg Häfliger, Co-Präsident, 041 420 33 54
Trix Dettling, Co-Präsidentin, 041 440 54 35 / 079 543 45 39